

# **Die Optimierer History**

Historisch fiktiver Hintergrund zum Roman „Die Optimierer“

Theresa Hannig 2018

## Inhalt

1. Zeitgeschehen: 2029 Weltwirtschaftskrise.....	3
2. Zeitgeschehen: 2031 Gründung der BEU.....	8
3. Zeitgeschehen: 2031 1. Paket zur Volksgesundheit.....	10
4. Zeitgeschehen: 2033 Ganztagsbetreuung.....	12
5. Zeitgeschehen: 2035 Blockwartgesetz.....	14
6. Zeitgeschehen: 2041 2. Paket zur Volksgesundheit.....	17
7. Zeitgeschehen: 2042 Vor Gründung der Lebensberatung.....	20
8. Zeitgeschehen: 2043 Wahlpflicht.....	23

## 1. Zeitgeschehen: 2029 Weltwirtschaftskrise

Als 2025 der Preis für ein Barrel Öl die Marke von 230 Dollar überstieg, entschloss sich die EU, die Subventionen für den Anbau von Mais zu verdoppeln, um mit Bioethanol eine Alternative zum Rohöl zu schaffen. So wurden immer mehr Ackerflächen für den Anbau von Mais genutzt, während andere Getreidesorten, die weniger Profit versprachen, vernachlässigt wurden.

Unendliche Maismonokulturen überwucherten die europäischen Äcker. Die Energieriesen E-On/GDF und EnelGazprom investierten nun in die Landwirtschaft und entwickelten sich so innerhalb weniger Jahre zu Lebensmittelgiganten, da der angebaute Mais grundsätzlich nach wie vor zum Verzehr geeignet war. Nicht nur in Europa wurde die Energie plötzlich auf den Feldern erzeugt. Weltweit wurde mehr und mehr Ackerland in grüne Kraftwerke verwandelt, wodurch der tatsächlichen Nahrungsmittelproduktion immer mehr Boden verlorenging.

2029 kam es zur Katastrophe. Ein Erdbeben im kanadischen Fort McMurray hatte das Ölsandfördergebiet von Alberta buchstäblich verschluckt. Das weltweite Rohölangebot sank binnen weniger Stunden um 20%. Selbst die Spekulanten hatten ein so verheerendes Unglück nicht in ihre Berechnungen mit einbezogen. Die gesammelten Vorräte hielten nur wenige Wochen.

Als die kanadische Regierung noch von Wiederaufbaumaßnahmen und staatlicher Unterstützung sprach, war vielen Konzernen bereits der Atem ausgegangen. Sie dürsteten nach Energie. Aber das Gesamtangebot an konventionellem Öl und Gas konnte die Nachfrage nicht befriedigen. Die einzige Lösung: Bioethanol.

Am 21.06.2029 verdoppelte sich der Preis des an der Chicagoer Börse gehandelten Mais. Traditionell schossen die daran gekoppelten Weltmarktpreise von Reis und Getreide in die Höhe. Am nächsten Tag verdoppelte sich der Preis wieder und auch am nächsten Tag stieg er noch einmal um 42%. Am Freitag konnte die Börse nicht geöffnet werden. Tausende Demonstranten hielten das Board of Trade besetzt und forderten ein Ende der Spekulationen. Über das Wochenende lieferten sich Demonstranten und Polizisten blutige Straßenschlachten. Wer einen Anzug trug und im Verdacht stand, Banker zu sein, konnte sich nicht mehr auf die Straße wagen. Einige wurden an den Brückengeländern erhängt. Andere fand man erst Jahre später in den Tiefkühltruhen.

In Europa fiel der Protest wesentlich gemäßiger aus. Man konnte sich nicht sonderlich darüber erregen, dass eine Dose Mais jetzt so viel kosten sollte, wie ein mittelmäßiger Chianti. Mais hatte nie wirklich eine Rolle gespielt. Nur die Fleischproduzenten, die den Mais zur Mast verwendeten, drohten damit, die Preiserhöhung an die Verbraucher weitergeben zu müssen. Wie so oft, glaubte man den Warnungen zunächst nicht oder maß ihnen keine besondere Bedeutung bei: der schlechte Ruf der Fleischindustrie hatte sich durch jahrelange Skandale so sehr verfestigt, dass ihr sowieso und generell alles Böse und Schlechte der Welt zugetraut wurde.

In Russland schwiegen die Medien. China und Indien schienen nicht interessiert. Noch war genug Reis vorhanden.

Das Vereinigte Südamerika stand jedoch unter Schock. Von einem Tag auf den anderen war klar, dass es sich weder die Mittelschicht – von denen darunter ganz zu schweigen – noch der Staat leisten konnte, die Bevölkerung von nun an zu ernähren. Also geschah wie so oft das Naheliegende: nichts. Wie ein Reh im Scheinwerferlicht musste die Regierung jeden Tag fassungslos die Berichte aus Chicago hinnehmen, die

2 Milliarden Menschen zum Hungertod verdamnten. Am vierten Tag, als die Demonstrationen in den USA schon voll im Gange waren, ergoss sich endlich auch in Südamerika der Mob in die Straßen. In Rio de Janeiro, in Brazil, in Montevideo und in Mexiko City, überall versammelten sich die Menschen zu spontanen Demonstrationen, plünderten Supermärkte und Lagerhallen. Sie besetzten Regierungsgebäude, steckten die üblichen Fahrzeuge in Brand und forderten ein Ende der Spekulationen.

Ähnlich die Bilder aus Kongo und Uganda, den Kornspeichern Afrikas. Nach jahrzehntelangem Ringen um eine erfolgreiche Landwirtschaft, die dem Druck des Weltmarkts widerstehen konnte, waren die afrikanischen Staaten auf ein nachkoloniales Armutsniveau zurückgeworfen worden. Einfach so. Durch Zahlenspiele an der Börse.

Die Demonstrationen in Afrika und Südamerika hinterließen viel Blut auf den Straßen und endlich auch einen tiefen Eindruck in der globalen Finanzpolitik.

Auf einem panisch einberufenen Krisengipfel der G30 wurde dann die Sensation verkündet: Grundnahrungsmittel sollten fortan nicht mehr Objekt von Spekulanten sein. Alle Pflanzen, die potentiell als Nahrungsmittel dienten, sollten ebenso, auch wenn sie zur Energiegewinnung vorgesehen waren, bei Spekulationen außen vor bleiben. Die Energieriesen bäumten sich auf. Ihre Aktienkurse drohten in die Tiefe zu stürzen, sowie der Handel mit Mais sie vorher in stratosphärische Höhen gehoben hatte. Man drohte, das Land mit Atomkraftwerken zu überziehen und längst stillgelegte Mäiler wiederzubeleben, wenn der Mais nicht freigegeben würde. Und so einigte man sich schließlich auf eine Lösung, die eine ganze Generation daran beteiligter Staats- und Regierungschefs wahlweise den Posten oder den Kopf kosten sollte. Die jeweiligen Staaten kauften von den Energiekonzernen die Anbauflächen für den Mais zurück – zum aktuellen

Marktpreis und verpflichteten sich, einen Teil der Flächen wieder billig an die Konzerne zurück zu verpachten, sofern die Grundnahrungsmittelversorgung der Bevölkerung gesichert sei. Die Energiekonzerne frohlockten. Durch die Reihen der Parlamente fegte ein rauher Wind, der die alten Köpfe abmähte und Platz für neue, unbelastete Politiker machte. Ein solches nahezu weltweites sozialistisches Umverteilungsprojekt sorgte für wilde Verschwörungstheorien, einen starken Rechtsruck der Demokratien und Milliardenverschuldungen in deren Kassen. Die sich anschließende Wirtschaftskrise stand der von 2008 in nichts nach. Es sollte 5 Jahre dauern, bis die Weltwirtschaft wieder auf dem Niveau von 2009 angelangt war.

Aber die Konsequenzen sollten noch weiter reichen. Ein Großteil der weltweiten Anbauflächen befand sich nun in staatlicher Hand. Da veröffentlichte das ein oder andere unvorsichtige Agrarministerium seine Prognosen zur zukünftigen Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung: Die Anbauflächen reichten nicht aus, um die Menschen mit Bioenergie und Fleisch zu versorgen, denn ein Großteil der Getreideernte wurde zur Tiermast verwendet. Um die Menschen nicht verhungern zu lassen, musste man sich entscheiden: Energie oder Fleisch. Ansonsten würde die Nahrung sehr bald sehr knapp werden. Dementis und Schulterzucken halfen zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr, denn wie bei der Krise zuvor, handelte es sich auch hier um ein globales Problem: Mit einer Gesamtbevölkerung von 9 Milliarden Menschen, musste man sich gut überlegen, wie der Bedarf gedeckt werden sollte. Diesmal brauchte es keinen Krisengipfel und die Entscheidung kam auch nicht mit dem Paukenschlag, da die gesetzlichen Grundlagen in den meisten G30 Nationen sowieso bereits gelegt waren. Da die Staaten nun über den Handel mit Getreide bestimmten und die Grundversorgung der Bevölkerung garantieren mussten, wurde nach und nach immer weniger Getreide an die Mastbetriebe verkauft. Die Fleischpreise stiegen rasant

und immer weniger der von der Weltwirtschaftskrise betroffenen Menschen konnten sich das teure Fleisch leisten. Die Fleischverbände liefen Sturm, aber es half nichts. Die EU entschied sich schließlich zu einem Schritt, dem die USA und Südamerika bald folgten: „Produktion, Verkauf und Verzehr von Fleisch unter Zuhilfenahme von primär verwendbaren Nahrungsmitteln“ wurde unter Strafe gestellt. Die Bürger wurden zwangsweise zu Vegetariern gemacht und die Pharmaindustrie verbuchte mit Nahrungsergänzungsmitteln Rekordgewinne. Vereinzelt kam es zu blutigen Attentaten der „Fleischfresser Lobby“. In den Zoos blieben immer mehr Gehege leer, Haustiere wurden schon nach kurzer Zeit ein Luxusaccessoire, das selten länger ein als paar Monate überlebte, auch reduzierte sich die Anzahl des ansässigen Wildtierbestandes dramatisch – doch dafür wurden immer weniger Maisfelder von marodierenden Wildschweinrotten verwüstet. Aus den Meeren konnte kein Ersatz geschöpft werden. Der Ozean war nahezu leer gefischt.

Der eine oder andere Kannibalismus-Skandal kolorierte die Boulevardpresse. Aber bald hatte sich die Aufregung gelegt. Die meisten arrangierten sich erstaunlich schnell mit dem Dasein als Vegetarier. Die anderen, die es nicht lassen konnten, vom verbotenen Fleisch zu kosten, trafen sich an geheimen Orten und kauften Fleisch ungewisser Herkunft zu astronomischen Preisen.

## 2. Zeitgeschehen: 2031 Gründung der BEU

Die Weltwirtschaftskrise von 2029 hatte die Welt für ein halbes Jahrzehnt in ihrem Würgegriff. Zwar war die Grundversorgung der Menschheit mit Nahrungsmitteln durch das Verbot von Fleischkonsum vorerst sichergestellt worden. Aber schon nach wenigen Monaten bröckelte die Einheit der Staaten. Zu groß waren die Unterschiede bezüglich Wohlstand, wirtschaftlicher Produktivität und natürlicher Ressourcen. Am stärksten traten diese Differenzen innerhalb der EU zutage, die sich zu diesem Zeitpunkt von Portugal bis zur russischen Westgrenze erstreckte. Die Staaten in der EU Peripherie wie Italien, Portugal und Weißrussland pochten auf ihre besonderen geostrategischen Positionen und verlangten Subventionen aus dem EU Kernland. Polen, Norwegen, und Deutschland (bekannt als die NOPOLGER Staaten) waren wirtschaftlich am stabilsten. Doch ihre gut saturierte Mittelschicht fürchtete um ihr Ersparnis und dachte nicht daran, den gescheiterten EU Partnern zu helfen. Die Kampagnen zur Eurorettung zu Beginn der Zehnerjahre hatten das Fundament der gemeinschaftlichen europäischen Identität stark beschädigt. Die notleidenden Staaten wurden sich selbst überlassen. Ganze Heerscharen von Arbeitslosen versuchten, in den wirtschaftlich prosperierenden Staaten Zuflucht zu finden und brachten die nationalen Arbeitsmärkte ins Wanken.

Daraufhin kündigten die Kernstaaten das Schengen Abkommen und führten wieder scharfe Grenzkontrollen ein, um die EU-Wirtschaftsflüchtlinge abzuwehren (Der Begriff EU-Wirtschaftsflüchtling wurde 2030 zum Unwort des Jahres gekürt). Dieses Verhalten der Kernstaaten erzürnte die Regierungen und die Bevölkerung der notleidenden EU Mitglieder. Der Ruf nach Gerechtigkeit wurde laut. Die europäischen Medien zerrissen das egoistische Verhalten derjenigen, die



sowieso schon alles hatten und dies für sich behalten wollten. Die Menschen riefen zu Massenprotesten gegen Deutschland und Co. auf, ein Krisengipfel folgte auf den nächsten. Aber es half nichts. Zwei Jahre nach Ausbruch der Krise zerbrach das Bündnis schließlich im April 2031. Während die Peripheriestaaten wieder auf sich allein gestellt waren, schlossen die NOPOLGER Staaten mit der Benelux-Union, Dänemark, Österreich, Frankreich und der Schweiz noch im gleichen Jahr ein neues Bündnis: Die Bundesrepublik Europa – kurz BEU. Die erste weitreichende Entscheidung der BEU war die Errichtung eines 2500 km langen, zum Teil bis zu zwanzig Meter hohen Grenzzauns. Der Rest Europas war schockiert. Die Medien prophezeiten einen dritten Weltkrieg und schürten die Furcht vor einem neuen 4. Reich. Doch die BEU kümmerte sich nicht mehr um die Befürchtungen der ehemaligen EU-Partner. Sie verfolgte ein ganz anderes Ziel. Um nicht der nächsten Krise anheimzufallen und wie der Rest der Welt ein Opfer des immer weiter wütenden Globalismus zu werden, entschied sie sich kurze Zeit später zu einem gewagten Experiment:

Der Einführung der Optimalwohlökonomie.

### 3. Zeitgeschehen: 2031 1. Paket zur Volksgesundheit

Im Jahr 2031 erließ die BEU das erste Paket zur Volksgesundheit. Dieses beinhaltete neben der revolutionären Umstellung des Wirtschaftssystems auf die Optimalwohlökonomie und der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auch die Errichtung und staatliche Förderung der Doppelherzeinrichtungen.

Nach dem Zusammenbruch der EU, noch vor dem Bau des großen Zauns, kam es zu großen Flüchtlingswellen, die immer neue, verzweifelte Menschen aus den europäischen Peripheriestaaten in die BEU spülten. Banden von Schleppern nutzten das Elend der Flüchtlinge für ihre Zwecke. An den Grenzen der BEU blühten der Menschenhandel und die Zwangsprostitution. Gleichzeitig war die durchschnittliche Größe der Privathaushalte auf 1,3 Personen geschrumpft. Die wirtschaftliche Krise hatte die Menschen verunsichert. Sie wollten keine festen Bindungen eingehen, trauten der Zukunft nicht und trauten sich dementsprechend auch nicht.

Der Leistungsdruck zur Zeit der Krise hatte die Menschen an ihren Arbeitsplatz gebunden. Sofern sich im Laufe der Ausbildung niemand gefunden hatte, wurde es für junge Menschen immer schwieriger, einen Lebenspartner außerhalb des eigenen Arbeitsplatzes zu finden. Die Partnervermittlung über Onlinebörsen erschöpfte sich ebenfalls bei einer konstanten Quote von 18,6% der geschlossenen Ehen. Aber nicht nur die Heiratsquote sank immer weiter ab. Auch die Geburtenrate schmolz zu einem kaum nennenswerten Prozent zusammen. Also entschied sich die BEU zu einem radikalen Schritt. Prostitution wurde verboten und mit hohen Freiheitsstrafen belegt. Stattdessen vollzog der Staat die Eröffnung sogenannter Doppelherzeinrichtungen. In diesen „geschützten Begattungsräumen“ (so der offizielle Gesetzestext) sollten die Menschen

unabhängig von ihrer sozialen Stellung neue Partner kennenlernen und nebenbei durch die statistische Unsicherheit bei der Verhütung noch ein paar Kinder produzieren. Der Erfolg war überwältigend. Der Umsatz der Pornoindustrie in der BEU sank um 98%, Geburten unverheirateter Paare verdreifachten sich. Diese ledigen Kinder stellten für die Mütter aber keine allzu große Belastung dar, da sie nach wenigen Monaten sowieso durch die staatlichen Ganztageeinrichtungen betreut wurden.

Als Verkuppelungsorte waren die Doppelherzeinrichtungen allerdings weniger erfolgreich als erhofft. Nur 2% der geschlossenen Ehen basierten schließlich auf einem ersten Treffen in einer Doppelherzeinrichtung, die von den meisten Menschen hauptsächlich zur schnellen und unkomplizierten Befriedigung und weniger zum Knüpfen ernsthafter Kontakte genutzt wurde. Erst als 2040 ein Ratingsystem eingeführt wurde, das die Teilnehmer nach Kriterien wie Alter, Aussehen, Bildung, sexueller Performance und Interessen bewertete, konnte auch eine Steigerung der langfristigen Beziehungsbildung beobachtet werden. 2045 gaben immerhin 10% der befragten Paare an, sich in einer Doppelherzeinrichtung kennengelernt zu haben.

#### 4. Zeitgeschehen: 2033 Ganztagsbetreuung

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen nach Gründung der BEU machten es erforderlich, dass auch das Bildungssystem an die neuen Umstände angepasst wurde. Die stetig fortschreitende Automatisierung in vielen Industriezweigen führte dazu, dass es für ungelernete Arbeitskräfte zusehends schwieriger wurde, eine Arbeitsstelle zu finden. Immer mehr Betriebe beschwerten sich über das katastrophale Bildungsniveau der Schulabgänger und entschieden sich, lieber Geld in Maschinen, als in Arbeiter zu Investieren. Eine ganze Armee von zukünftigen Arbeitslosen wartete bereits in den Bäuchen der Frauen des aktuellen Prekariats. Da zahllose Studien gezeigt hatten, dass der Bildungserfolg eines Kindes zum Großteil von der Unterstützung durch sein Elternhaus abhing, beschlossen die Bildungsminister der BEU, dass die unterprivilegierten Schichten möglichst wenig unbeaufsichtigte Zeit mit ihren Kindern verbringen sollten. Zu diesem Zweck wurde 2033 ein System der Ganztagsbetreuung vom Säuglingsalter bis hin zum Abitur eingerichtet. Selbstverständlich kam es zu Protesten. Die Gewerkschaften fürchteten die Stigmatisierung der Arbeiterklasse, die Rechtsradikalen prangerten den Verlust des elterlichen Erziehungsmonopols an, die Linken warnten vor dem Bildungsdiktat des Staates, selbst die Kirche warnte vor dem Zusammenbruch der Gesellschaft durch die Entwurzelung der Kinder (aber zu diesem Zeitpunkt hörte niemand mehr auf die Meinung der Kirche). Schließlich einigte man sich auf eine Lösung, die alle Interessengruppen, die sich artikulieren konnten, zufrieden stellte. Die allgemeine Betreuungspflicht wurde zwar eingeführt, allerdings konnten Eltern sich und ihre Kinder per Antrag von dieser Pflicht befreien.

Die auszufüllenden Formulare waren jedoch so kompliziert, dass es nur eine gewisse Bildungsschicht vermochte, das Verfahren korrekt

abzuschließen. So konnte die gewünschte Selektion ohne weitere Proteste durchgeführt werden.

## 5. Zeitgeschehen: 2035 Blockwartgesetz

Das „Kommunikations- und Fernmeldegesetz zum Schutz der Öffentlichkeit vor terroristischen Anschlägen, organisierter Kriminalität und Kinderpornographie“ – von der Öffentlichkeit kurz „Blockwart“ genannt, trat im Jahr 2035 in Kraft. Im Jahr zuvor war durch die Entwicklung des Quantencomputers und der zellbiologischen Speichermedien eine informationstechnische Revolution geglückt. Von nun war es möglich, nahezu unbegrenzt Datenmengen zu speichern und zu verarbeiten. Da sich die BEU zu diesem Zeitpunkt sowohl gegen den Anfeindungen der verbliebenen EU Staaten wehren musste und außerdem terroristische Anschläge von neosozialistischer DDR-Nostalgikern abwehren musste, war es für die Agentur für Innere Sicherheit ein Leichtes, das Gesetz durchzudrücken. Die DSGVO von 2018 war das Gesetz seiner Art gewesen, das sich für den Schutz der digitalen Bürgerrechte ausgesprochen hatte. Von diesem Zeitpunkt an, hatten die demokratischen Kräfte in Form der EU darauf gedrungen, die Vorratsdatenspeicherung und Überwachung weiter voranzutreiben. Der Datenskandal um das amerikanische Spionageprogramm Prism hatte der Öffentlichkeit schon lange zuvor gezeigt, dass die westlichen Geheimdienste unabhängig von der offiziellen Gesetzgebung schon längst dabei waren, alles zu speichern, was – in Anbetracht der aktuellen Speichergrenzen - möglich war. Das Problem der Datenspeicherung war schließlich eine andere Kapazitätsgrenze: Es gab zwar genug Speicherkapazität aber nicht genug Polizisten und Geheimdienstmitarbeiter, um das Leben der Menschen während oder nach der Aufzeichnung zu analysieren. Wie viele Menschen konnten schon effizient von einem Polizisten überwacht werden? Eigentlich nur einer. Ein unsinniges und bis dato unmögliches Unterfangen, wollte man nicht wieder auf das gute alte System der DDR Blockwarte zurückgreifen.

Auch die gängigen Algorithmen, die zur Überwachung und Aufdeckung von Straftaten eingesetzt wurden, konnten wieder nur Datenberge erzeugen, stellten sich jedoch als ungeeignet heraus, um tatsächliche Terrorattacken vorherzusagen und zu vereiteln.

2035 gaben schließlich die bereits genannten Blockwarte das Stichwort. Einige selbsternannte linke Demokraten versuchten, in Brandenburg eine neue sozialistische Republik zu installieren. Um zu zeigen, wie unzureichend das aktuelle System seine Bürger schützen konnte, führten sie eine Reihe von terroristischen Anschlägen aus. Dabei bedienten sie sich denkbar einfachster Mittel. Sie drangen in die Trinkwasserspeicher kleiner Gemeinden ein und versetzten das Wasser mit Durchfallerregern. Der Skandal war gigantisch. Und dabei konnte man noch von Glück sagen, dass es sich um vergleichsweise harmlose Erreger handelte. Die Terroristen wurden bald geschnappt und die Sicherheitsstandards der Trinkwasserreservoirs erhöht.

Schließlich gab es daraufhin kaum öffentliche Proteste, als das Gesetz zur Kommunikationsüberwachung in Kraft trat. Von nun an wurden alle elektronischen Aktivitäten, die im weitesten Sinne als Kommunikation eingestuft werden konnten, also Käufe, Telefonate, Chats, E-Mails und Surfverhalten in Echtzeit von einer „intelligenten“ und „lernenden“ Software analysiert. Diese KI - im Volksmund Blockwart genannt – sollte Alarm schlagen, sollten Pläne ausgeheckt werden, die die innere Sicherheit gefährden konnten. Nachdem aber auch durch den Blockwart – wie schon durch die Algorithmen zuvor – kein einziger bedeutender Kriminalfall aufgedeckt werden konnte und auch keine Vereitelung eines schrecklichen Anschlags bekannt wurde, begann man an der Intelligenz und der Lernfähigkeit der Software zu zweifeln. Nach eingehenden Untersuchungen durch Verbraucherschutzorganisationen, Expertengruppen und Veteranen des Chaos Computer Clubs, kam man

zu dem erstaunlichen Ergebnis, dass das Programm (das bis zu diesem Zeitpunkt 13,8 Milliarden Euro an Steuergeldern verschluckt und einer Horde von Entwicklern Lohn und Brot gegeben hatte) so kompliziert und handwerklich schlecht programmiert war, dass keiner genau sagen konnte, was das Programm genau tat und dass es genauso gut Industriespionage betreiben konnte, wie harmlose Hausfrauen der Waffenschiberei zu bezichtigen. Also wurde der Blockwart offiziell eingestellt, der zuständige Innenminister musste seinen Platz räumen und die Öffentlichkeit vergaß den Skandal. Das Gesetz indes blieb in Kraft und die nächsten Innenminister wurden jedes Mal bemerkenswert schmallippig, wenn die Presse auf den Status des Blockwarts zu sprechen kam.



## 6. Zeitgeschehen: 2041 2. Paket zur Volksgesundheit

Im Jahr 2041 verabschiedete die BEU das zweite Paket zur Volksgesundheit, das wieder tiefgreifende Veränderungen für die Gesellschaft mit sich brachte. Das Paket enthielt: Die Integration von Robotern in den Staatsdienst, die Eröffnung der Agentur für Lebensberatung und das Recht auf Lebensbeendigung.

Mit der Einführung der zellbiologischen Speichermedien hatte die Entwicklung humanoider Roboter einen Sprung gemacht. Von Schaufensterpuppen, die kaum alleine das Gleichgewicht halten konnten, entwickelten sie sich rasant zu echten Haushaltshilfen, die nicht nur die Spülmaschine ausräumen, sondern auch die Gläser aufräumen konnten, ohne die meisten davon zu zerbrechen. In der BEU wuchs das Unternehmen Prometheus Ltd. zum Branchenprimus und produzierte Jahr um Jahr neue verbesserte humanoide Roboter. Sie wurden für einfache, redundante Arbeiten eingesetzt für die sich in einer Gesellschaft mit bedingungslosem Grundeinkommen die wenigsten begeistern konnten: Spargelernte, Fischausweidung, U-Bahn fahren, oder Kaufhausregale einsortieren. Jede Robotergeneration wurde intelligenter und selbstständiger als die vorangegangene. Nicht mehr die Autoindustrie sicherte der BEU ihren unübertroffenen Wohlstand, sondern die Innovation und der Export von humanoiden Robotern. Im Jahr 2041 war die künstliche Intelligenz der Roboter so weit fortgeschritten und ihre Präsenz in der Gesellschaft so allgegenwärtig, dass sie auch in den Staatsdienst integriert wurden. In Pflege- und Altersheimen war es längst Gang und Gäbe, dass Roboter den Menschen als dienstbare Geister zur Seite gestellt wurden. Außerdem wurden Roboter in die Polizeitruppe integriert. Um sicherzustellen, dass den Menschen durch diese Roboter kein Schaden zugefügt werden konnte, hielt man sich bei der

Programmierung ihrer Verhaltensweisen nicht nur an die Robotergesetze von Isaac Asimov, sondern implementierte noch den zusätzlichen Sicherheitsmechanismus, dass die Roboter unbedingt alle gültigen Gesetze kennen und diese einhalten mussten. So war es nur folgerichtig, dass die Roboter – mit lexikalischem juristischem Wissen und Interpretationssoftware, ausgestattet – auch immer mehr in den Gesetzgebungsprozess des BEU Parlaments integriert wurden. Nach 2047 traf man die Roboter nicht nur als Protokollanten im Parlament, sondern ebenso in den Ausschüssen und Fraktionssitzungen an.

Ein weiterer Teil des 2. Pakets zur Volksgesundheit war das Recht auf Lebensberatung. Da die BEU mit ihrem Bedingungslosen Grundeinkommen die Notwendigkeit des Arbeitens zur Sicherung der Lebensgrundlage aufgegeben hatte, war es für die jungen Schulabsolventen umso wichtiger, einen Beruf zu ergreifen, der ihren Fähigkeiten und Interessen entsprach und gleichzeitig dem Gemeinwohl den größtmöglichen Nutzen brachte. Da durch die Diversifizierung der Industriebereiche gleichzeitig so viele verschiedene neue Berufe entstanden waren, von denen die meisten Absolventen überhaupt noch nie gehört hatten, beschloss die BEU, die Lebensberatung zum Grundrecht eines jeden Bürgers zu machen.

Der letzte Teil des 2. Pakets zur Volksgesundheit betraf das Recht auf Lebensbeendigung. Allen mündigen Bürgern über 40 wurde das Recht eingeräumt, sich mit staatlicher Unterstützung schmerzfrei und unbürokratisch das Leben zu nehmen. Dazu konnte auf Antrag eine spezielle Giftpille in der Apotheke erworben werden. Hatte man die entsprechenden Formalitäten zu Versicherung, Erbe und Steuern ausgefüllt, hatte man sogar das Recht auf einen staatlich garantierten geistlichen Beistand, welcher Konfession man auch immer anhing. Nach einem anfänglichen Boom der Todespillen ging die Selbstmordrate in der

BEU schließlich insgesamt stark zurück. Das Bedingungslose Grundeinkommen hatte die Versorgungssituation alter Menschen grundlegend verbessert. Außerdem trugen medizinische Verbesserungen in der Krebs- und Alzheimertherapie, sowie die Entwicklung neuartiger Organprothesen dazu bei, die Lebensqualität der Senioren stark zu verbessern. Die Selbstmordrate der unter 60 Jährigen schließlich sank in den Promillebereich.

## 7. Zeitgeschehen: 2042 Vor Gründung der Lebensberatung

Als die Agentur für Lebensberatung 2042 ihre Arbeit aufgenommen hatte, war es zunächst schwierig gewesen, junge Absolventen oder ältere Langzeitarbeitslose davon zu überzeugen, ihr Angebot und die damit einhergehende lebenslange Verpflichtung für eine Arbeitsstelle anzunehmen. Viel einfacher waren die kürzlich aus der Arbeit ausgeschiedenen Angestellten, die nicht wussten, was sie mit der unverhofft freien Zeit anfangen sollten. Aber schon bald gehörte die Agentur für Lebensberatung zu der vom Großteil der Bürger am meisten geschätzten staatlichen Einrichtungen – noch vor der Polizei, aber hinter den Doppelherzeinrichtungen. Denn immer mehr Firmen vergaben ihre freien Stellen ausschließlich an Kandidaten, die von der Agentur ausgesucht worden waren und nahmen immer weniger freie Bewerbungen an. Die Agentur für Lebensberatung machte einen Großteil der Personalabteilungen überflüssig und sparte den Firmen viel Zeit und Geld. Und die Arbeitnehmer waren froh, einen sicheren und Krisenfesten Arbeitsplatz zu haben, der ihnen zusätzlich auch noch Freude bereitete.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hatte sich der Trend zu flexiblen Arbeitszeiten und häufigem Arbeitsplatzwechsel so sehr verselbstständigt, dass es für die Angestellten quasi zum guten Ton gehörte, einen Lebenslauf voller Arbeitgeberwechsel vorweisen zu können. Lange Verweildauern in Firmen galten als Karrierekiller. Gleichzeitig stiegen die durchschnittlichen Wochenarbeitsstunden auf 65, obwohl laut Tarif nur 40 bezahlt wurden. Unbezahlte Überstunden waren selbstverständlich, man wollte die Aufstiegschancen ja nicht den von unten nachstrebenden jungen Kollegen überlassen. Das Schlagwort der „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ hatte genau zu der Zeit Hochkonjunktur, als nur noch kinderlose Singles die Chef- und Vorstandsetagen bevölkerten. Laut einer

Studie des Familienministeriums musste genau an dieser traditionellen Rollenverteilung der Gesellschaft etwas verändert werden: der Unterteilung in Macher und Verbraucher.

Die Macher waren bindungsunfähige Soziopathen ohne Familie, die als Alphas alle hohen Posten in Politik und Wirtschaft besetzten und Entscheidungen für und über diejenigen fällten, mit denen sie eigentlich gar nichts mehr verband: die Verbraucher, die als machtloses Volk die Entscheidungen der Macher mitzutragen hatten.

Die Einführung der Optimalwohloökonomie setzte diesem Zustand ein Ende. Jedem Bürger wurde ein Bedingungsloses Grundeinkommen zugesprochen, außerdem orientierte sich der Staat in seinem wirtschaftspolitischen Handeln nicht mehr am Bruttoinlandsprodukt, sondern am Optimalwohlinde (OWI). Für den OWI wurden großangelegte Bürgerbefragungen organisiert, die die Zufriedenheit der Bevölkerung statistisch erfassen sollten. Zusätzlich wurden Faktoren wie Wasser- und Luftverschmutzung, Naturquadratmeter pro Bürger, Lebensmittelqualität, Gesundheitsversorgung und Freizeitmöglichkeiten in den Index mit einbezogen. Für die Macher stellte der Wechsel zur OWI ein Problem dar. Plötzlich war das, was früher Erfolg ausgemacht hatte, nichts mehr Wert: Die meisten Verkäufe, die billigsten Produkte, die größte Zeitersparnis. Die Macher waren auf verlorenem Posten, denn durch das Bedingungslose Grundeinkommen hatten viele Arbeitnehmer nicht mehr den Drang eine Tätigkeit auszuüben, die sie eigentlich nur des Geldes wegen begonnen hatten. Die öffentliche Anerkennung für die Leistungen der Macher wandelte sich in Spott und entzog ihnen damit ihre Existenzgrundlage. Über Jahre war der Arbeitsmarkt ein einziges Chaos. Die Arbeitslosenquoten schossen in die Höhe. Viele hatten genug von der ganzen Schufferei und wollten nur noch zu Hause mit der Familie Zeit verbringen. Es zeigte sich jedoch, dass der Großteil der ehemaligen

Arbeitnehmer schon nach wenigen Monaten wieder auf der Suche nach einer neuen Arbeit war. Aber welche Arbeit sollten sie wählen? Seit Erfindung des Ackerbaus war die Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes Lohn- und Broterwerb gewesen. Was sollten die Arbeitnehmer jetzt tun, da sie zwar nicht mehr arbeiten mussten, um zu überleben, aber doch arbeiten wollten, um zu leben? Die Agentur für Lebensberatung versprach schließlich Abhilfe.

## 8. Zeitgeschehen: 2043 Wahlpflicht

Obwohl die BEU in der Welt systempolitisch eine herausragende Stellung einnahm, hatte sie doch in manchen Bereichen mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie andere Demokratien des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Mit wachsendem Pro-Kopf-Einkommen sank die allgemeine Wahlbeteiligung. Dabei war es irrelevant, ob lediglich das Durchschnittseinkommen oder auch der Median angestiegen waren. Im ersten Fall nannten Forscher eine gewisse Wohlstandsträgheit als Ursache, im Zweiten – wenn also die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklaffte – Resignation. In der BEU trat das gleiche Phänomen kurz nach ihrer Gründung zutage. Waren die Menschen 2031 noch begeistert und von der Idee der Optimalwohlökonomie und stimmten beim entscheidenden Referendum mit 79,8% bei einer Wahlbeteiligung von 82% dafür, so flaute dieser Enthusiasmus bereits bei der zweiten Bundestagswahl 2037 ab. Nur noch 64% der Wahlberechtigten gaben überhaupt eine Stimme ab und schon bei den Landtagswahlen 2038 in Deutschland und Polen waren es nur noch 56%. Dabei prosperierte die BEU. Die Befürchtungen der Bedenkenträger hatten sich nicht bewahrheitet: Der neue Staat blieb stabil. Lediglich 10% der erwerbsfähigen Bevölkerung schied freiwillig aus der Arbeitswelt aus und lebte vom bedingungslosen Grundeinkommen. Unattraktive Stellen wie die von Müllarbeitern, Sicherheitsleuten, Altenpflegern oder Postangestellten wurden mehr und mehr durch Serviceroboter besetzt. Die Menschen hatten Muße, sich ihren Familien, Hobbys oder ehrenamtlichen Tätigkeiten zu widmen. Aber die Begeisterung für die Politik nahm immer weiter ab. Bei den Bundestagswahlen 2042 gingen nur noch 51% der Berechtigten wählen. Die demokratische Legitimierung des Systems war in Gefahr. Tatsächlich war aber auch das dem Großteil der Bevölkerung egal. Eine repräsentative Umfrage im Auftrag der Bundesregierung ergab, dass lediglich 5% der Nichtwähler das System

ablehnten und aus Protest nicht Wählen gingen. 45% interessierten sich gar nicht für Politik, 23% gaben an, keinen Unterschied im Programm der Parteien zu erkennen, 35% waren zufrieden mit der aktuellen Politik und wollten keine Veränderung, 14% waren der Meinung, man lebe in einem postpolitischen Zeitalter, in dem schon alle wirklich notwendigen Entscheidungen getroffen worden waren, immerhin 7% kreuzten an, sie wüssten gar nicht, was Wahlen seien und 78% fanden, dass alle oben genannten Antworten zuträfen. Diese beschämenden Ergebnisse wurden spätabends veröffentlicht, als die BEU einen triumphalen Sieg im Freundschaftsspiel gegen Italien feierte. Das Spiel ging mit 8:3 in die Fußballgeschichte ein, die merkwürdigen Umfrageergebnisse wurden schnell vergessen.

Am 3. Mai 2042 führte die BEU für alle Land- und Bundestagswahlen die Wahlpflicht ein.